

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
pd@sk.so.ch
parlament.so.ch

Medienmitteilung

SOGEKO lehnt den Volksauftrag „Spitex für alle“ ab

Solothurn, 27. September 2012 - Die kantonsrätliche Sozial- und Gesundheitskommission (SOGEKO) lehnt den Volksauftrag „Spitex für alle“ ab. Den Anpassungen im Sozialgesetz an die Änderung des Bundesgesetzes über die Familienzulagen (FamZG) stimmt sie zu. Weiter stimmt sie auch dem Budget 2013 zu.

Der Volksauftrag „Spitex für alle“ verlangt, dass auf die neu eingeführte Kostenbeteiligung der Spitex-Patientinnen und –Patienten in der ambulanten Pflege verzichtet und eine bürgerfreundlichere Regelung getroffen wird. Die Auftraggeber verlangen, dass die öffentliche Hand die Patientenbeteiligung übernimmt, unabhängig von der wirtschaftlichen Situation der Patienten. Die kantonsrätliche Sozial- und Gesundheitskommission unterstützt klar die Haltung des Regierungsrats, der den Auftrag ablehnt. Sie schliesst sich der Beurteilung des Regierungsrats an, dass über die Ergänzungsleistung eine gute Lösung für wirtschaftlich schwächere Personen besteht. Eine generelle Befreiung von der Patientenbeteiligung lehnt die SOGEKO ab, dies zuletzt auch mit Blick auf eine Mehrbelastung von rund sieben Millionen Franken für die Einwohnergemeinden.

Weiter stimmt die SOGEKO den Anpassungen des Sozialgesetzes an die Änderung des Bundesgesetzes über die Familienzulagen zu. Neu werden alle

Selbständigerwerbende dem FamZG unterstellt und müssen sich einer Familienausgleichskasse anschliessen. Die Gesetzesrevision beschränkt sich auf die Umsetzung des geänderten Bundesrechts. Allfällige Begehren für eine Ausdehnung der Familienzulagenregelung sollen nach Ansicht des Regierungsrats und einer Mehrheit der SOGEKO in einer separaten Vorlage diskutiert werden.

Zudem hat die SOGEKO das Budget 2013 beraten. Sie stimmt dem Voranschlag der Solothurner Spitäler AG, des Gesundheitsamtes und des Amtes für Gemeinden zu und heisst das neue Globalbudget des Amtes für soziale Sicherheit für die Jahre 2013 bis 2015 gut.

Weitere Auskünfte erteilt:

Peter Brügger, Präsident, 032 628 60 60 / 079 311 70 85